

Jeder 2. Behinderte ist ohne Job

KRITIK. Zahl der arbeitslosen Behinderten ist um 30 Prozent gestiegen – auch „dank“ Landesbehindertengesetz.

Von Johanna Vučak
 ⇒ johanna.vucak@grazer.at

In Zeiten der Krise bleiben Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt noch öfter auf der Strecke. „Die Zahl der behinderten Arbeitslosen ist in den letzten Jahren um fast ein Drittel gestiegen. Zurzeit haben in der Steiermark 30 Prozent all jener Behinderten, die arbeitsfähig wären, keine Beschäftigung, 20 weitere Prozent befinden sich

in Umschulungsprogrammen – unterm Strich heißt das, dass mittlerweile jeder zweite gehandicapte Mensch beschäftigungslos ist“, bedauert VP-Gemeinderat **Mario Kowald**. Er prangert in diesem Zusammenhang vor allem eine Regelung im Landesbehindertengesetz aus dem Jahr 2004 an: „Demnach erteilen der Magistrat und das Land bei der Beschäftigung eines behinderten Menschen einen Lohnkostenzuschuss von 40 beziehungsweise 60 Prozent, das gilt aber nicht für den öffentlichen Bereich. Was zur Folge hat, dass hier so gut wie keine Behinderten mehr aufgenommen werden.“ Allein was blinde Menschen

anbelangt, habe es, so Kowald, vor zehn Jahren landesweit noch dreimal so viele Beschäftigte gegeben wie heute. Und: „Die Stadt Graz beschäftigt zwar 376 Menschen mit Handi-

„Unternehmer zahlen lieber 220 Euro Ausgleichstaxe, als einen Behinderten anzustellen.“

S. Suppan, Behindertenanwalt

cap und liegt damit auch weit über dem Beschäftigungsschlüssel für Behinderte – aber auch in der ‚Stadt der Menschen-

rechte‘ schaut es mit den Neueinstellungen schlecht aus. Was die 543 steirischen Gemeinden betrifft, gibt es nicht einmal eine Statistik zur Behinderten-Beschäftigung!“

Kritikpunkte, die **Siegfried Suppan**, der steirische Behindertenanwalt, mit Kowald teilt: „Trotz der Anreize für die Wirt-

schaft gibt es kaum Interesse, Behinderte anzustellen. Nur ein Viertel der Unternehmen hält sich an den Beschäftigungsschlüssel – pro 25 Mitarbeitern ein Mitarbeiter mit Behinderung. Sie kaufen sich lieber mit der Ausgleichstaxe von 220 Euro pro Jahr frei.“

Allein beim AMS Graz sind

derzeit 1926 Menschen mit psychischen oder physischen Problemen arbeitslos gemeldet. Um das zu ändern wird Kowald bei der Gemeinderatsitzung am Donnerstag einen Antrag auf Änderung der „diskriminierenden Regelung“ im Landesbehindertengesetz einbringen.



In Sachen Behinderten-Beschäftigung erleben wir zurzeit einen Rückschlag. Die Änderung der diskriminierenden Regelung im Landesbehindertengesetz könnte hier einiges wettmachen.